

Niedersächsisches Finanzgericht

XIII. Senat

AZ.: XIII 405/91

-----

U r t e i l

I M N A M E N D E S V O L K E S

In dem Rechtsstreit

des Dipl.-Ing. Dedo Schwerin von Krosigk, Querstr. 9, 30519 Hannover,

Kläger,

gegen

Finanzamt Hannover Süd, vertreten durch seinen Vorsteher, Göttinger  
Chaussee 83 B, 30459 Hannover

Beklagter,

wegen Erlaß von Einkommensteuer 1989

hat der XIII. Senat des Niedersächsischen Finanzgerichtes nach münd-  
licher Verhandlung in der Sitzung vom 9. Februar 1994, an der mitgewirkt  
haben:

- |  |                    |
|--|--------------------|
| 1. Vorsitzender Richter am Finanzgericht | Mock               |
| 2. Richter am Finanzgericht              | Rücker             |
| 3. Richter am Finanzgericht              | Utermöhlen         |
| 4. ehrenamtliche Richterin               | Landfrau Lattemann |
| 5. ehrenamtlicher Richter                | Dipl.-Kfm. Hipp    |

für Recht erkannt:

Die Klage wird abgewiesen.

Die Kosten des Verfahrens trägt der Kläger.



T a t b s t a n d :

Streitig ist, ob der Kläger aus Gewissensgründen die Zahlung von Steuern verweigern kann.

Der Kläger ist ledig und als Diplom-Ingenieur selbständig tätig. Er ist überzeugter Pazifist und lehnt es ab, mit seinen Steuermitteln den Verteidigungshaushalt des Bundes mitzufinanzieren. Die Höhe der festgesetzten Steuer ist unstreitig. Im vorliegenden Verfahren hat der Kläger die Zahlung des Steuerbetrags, der anteilig auf den Verteidigungshaushalt entfällt, nämlich ■■■ DM, verweigert. Neben der Anfechtung der Steuerfestsetzung (Az. XIII 127/91) hat der Kläger den Erlaß dieses Betrages beantragt.

Der Kläger begehrt, die ihm in Art, 4 Abs. 1 GG garantierte Gewissensfreiheit zu berücksichtigen. Er meint, die Verwendung seiner Steuern u.a. für Rüstungsausgaben und für die Unterstützung von militärischen Auseinandersetzungen führe zu seiner indirekten Beteiligung an Militärausgaben. Dies führe bei ihm zu einem Gewissenskonflikt, dem er nur dadurch entgehen könne, daß ein entsprechender Anteil seiner Steuern nicht für militärische Ausgaben verwendet würde. Er sehe die Notwendigkeit, Steuern in festgesetzter Höhe zu zahlen, meine aber aus Art. 4 Abs. 1 GG die zweckgebundene Verwendung eines Teils seiner Steuern fordern zu können. Hierzu biete er die Zahlung der noch ausstehenden Steuern auf ein vom Beklagten zu bestimmendes Konto an, sofern sichergestellt sei, daß die Gelder dieses Kontos für nichtmilitärische Ausgaben verwendet würden.

Nachdem der Beklagte den angefochtenen Einkommensteuerbescheid erlassen hatte, ohne den Einwendungen des Klägers zu folgen, hat der Kläger (neben der Einlegung eines Einspruchs) Erlaß dieses Steuerbetrages beantragt. Er weist darauf hin, er wolle sich dadurch, daß er verhindern wolle, seine Steuerzahlungen für militärische Zwecke zu verwenden, gegenüber den übrigen Steuerzahlern nicht bereichern, sondern die entsprechenden Beträge für gemeinnützige Zwecke verwendet wissen. Er verweist auf einen von der Bundestagsfraktion der Grünen/Bündnis 90 eingebrachten Gesetzentwurf zur Befreiung von Militärsteuern (BT-Drucksache 11/8393), der in seinem § 6 die Möglichkeit eröffne, aus Gewissensgründen von der

Militärsteuer befreit zu werden.

Der Kläger beantragt,

den Ablehnungsbescheid des Beklagten vom 31. Januar 1991 und die Beschwerdeentscheidung der Oberfinanzdirektion Hannover vom 15. August 1991 aufzuheben und ihm den Betrag von ■■■ DM Einkommensteuer 1989 zu erlassen mit der Auflage, daß der zu erlassende Betrag an eine gemeinnützige Einrichtung oder an eine öffentliche Kasse außerhalb des Bereichs des Verteidigungs- und Finanzministeriums gezahlt wird,

hilfsweise,

im Falle des Unterliegens die Revision zuzulassen.

Der Beklagte beantragt,

die Klage abzuweisen.

Er hält an seiner Auffassung fest. Die Gewissensfreiheit sei nicht schrankenlos gewährleistet, die Budgethoheit des Parlaments stehe dem entgegen und könne nicht durch den Wunsch nach gewissenskonformer Mittelverwendung durch den einzelnen Steuerbürger eingeschränkt werden. Der vom Kläger angeführte Gesetzentwurf sei nicht Gesetz geworden.

Wegen des weiteren Vorbringens der Beteiligten wird auf die gewechselten Schriftsätze sowie das Protokoll der mündlichen Verhandlung vom 9. Februar 1994 Bezug genommen.

#### E n t s c h e i d u n g s g r ü n d e :

Die Klage hat keinen Erfolg.

Mit seinen Einwendungen gegen die Art der Steuerverwendung kann der Kläger keinen Erfolg haben.

Nach § 227 AO können die Finanzbehörden Ansprüche aus dem Steuerschuld-

verhältnis ganz oder zum Teil erlassen, wenn die Einziehung nach Lage des einzelnen Falles unbillig wäre. Die von den Finanzverwaltungsbehörden zu treffenden Entscheidungen über den Erlaß sind gemäß § 102 Finanzgerichtsordnung (FGO) von den Gerichten nur nach den für die Überprüfung behördlicher Ermessensentscheidungen geltenden Grundsätzen überprüfbar. Das Gericht hat daher nur zu prüfen, ob die Ablehnung des Erlasses rechtswidrig ist, weil die gesetzlichen Grenzen des Ermessens überschritten sind oder ob von dem Ermessen in einer den Zweck der Ermächtigung nicht entsprechenden Weise Gebrauch gemacht worden ist (Beschluß des Gemeinsamen Senats der Obersten Gerichtshöfe des Bundes vom 19. Oktober 1971 GmS-OGB 3/70, BStBl II 1972, 603). Ansprüche aus den Schuldenverhältnissen können nach § 227 AO erlassen werden, wenn ihre Einziehung nach Lage des Falles unbillig wäre. Die Unbilligkeit kann sachliche oder persönliche (wirtschaftliche) Gründe haben.

Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs können sachliche Gründe einen Billigkeitserlaß dann rechtfertigen, wenn die Besteuerung eines Sachverhalts, der unter einen gesetzlichen Besteuerungstatbestand fällt, im Einzelfall mit dem Sinn und Zweck des Steuergesetzes nicht vereinbar ist, wenn also der Sachverhalt zwar den gesetzlichen Tatbestand erfüllt, die Besteuerung aber den Wertungen des Gesetzgebers zuwiderläuft (Urteile des BFH vom 9. Februar 1972 II R 99/70, BStBl II 1972, 503, und vom 11. März 1976 VIII R 93/72, BStBl II 1976, 394).

Bei Anwendung dieser Rechtsgrundsätze auf den Streitfall ist kein Ermessensfehler der Finanzbehörden erkennbar. Sie haben bei ihrer Entscheidung über den Erlaßantrag des Klägers ihr Ermessen weder überschritten noch mißbraucht. Vielmehr haben sie zutreffend entschieden, daß auch im Billigkeitsverfahren eine Steuerherabsetzung wegen der Art der Steuer Verwendung nicht in Betracht kommen kann.

Ebenso wie im Besteuerungsverfahren kann auch im Rahmen eines Erlaßverfahrens die Geltendmachung der Freiheit des Gewissens zu keinem anderen Ergebnis führen.

Die Festsetzung und Erhebung der Steuern beruht auf der Anwendung der von den gesetzgebenden Körperschaften erlassenen Gesetze. An diese Gesetze ist die vollziehende Gewalt nach Art. 20 Abs. 3 GG gebunden. Aus diesem Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung folgt, daß die Finanzämter verpflichtet sind, die nach dem Gesetz entstandene Steueran-

sprüche geltend zu machen (Beschluß des Bundesverfassungsgerichts - BVerfG- vom 12. Februar 1969, 1 BvR 687/62, BVerfGE 25, 216 [228]). Ausnahmen von diesem Grundsatz bedürfen einer besonderen gesetzlichen Ermächtigung (BVerfG-Beschluß vom 16. März 1971, 1 BvR 52, 665, 667, 754/66, BVerfGE 30, 292, [332]).

Gegenstand des Steuerfestsetzungsverfahrens ist nicht die Frage, für welche Zwecke die Steuern verwendet werden. Hierüber wird vielmehr von den gesetzgebenden Körperschaften im Rahmen ihrer haushaltsrechtlichen Befugnisse entschieden (vgl. Art. 110 GG). Der Haushaltsplan wird als Haushaltsgesetz (Bundesgesetz) vom Bundestag beschlossen (Art. 77 Abs. 1 Satz 1 GG). Weder in der Verfassung noch in anderen Gesetzen ist eine unmittelbare Mitwirkung der Steuerpflichtigen an der Entscheidung über die Art der Steuerverwendung vorgesehen. Im Rahmen des Steuerfestsetzungsverfahrens kann daher von einem Steuerpflichtigen nicht geltend gemacht werden, daß die Verwendung des Steueraufkommens in verfassungswidriger Weise in seine Rechte eingreife (vgl. BVerfG-Beschluß vom 18. April 1984, 1 BvL 43/81, BVerfGE 67, 26).

Folgte man dem Begehren des Klägers, griffe dies in die Rechte der Abgeordneten des Deutschen Bundestages ein, denn nach Art. 38 Abs. 1 Satz 2 GG sind die Abgeordneten Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.

Es ist dem Steuerpflichtigen daher verwehrt, unter Berufung auf sein Gewissen Steuerzahlungen mit der Begründung zu verweigern, aus den Steuereinnahmen würden teilweise von ihm mißbilligte Ausgaben getätigt. Die Zahlung auf ein Sperrkonto ist dem Steuerpflichtigen ebenso versagt. Sie greift gleichermaßen in die verfassungsrechtlich verankerten Befugnisse über die im haushaltsrechtlichen Rahmen freie Steuerverwendung ein.

Die in Art. 4 Abs. 1 GG garantierte Freiheit des Gewissens kann nur in den Grenzen ausgeübt werden, die durch die verfassungsmäßige Ordnung gezogen werden. Insbesondere das Recht der Volksvertretung, zu entscheiden, wofür und in welchem Umfang Haushaltsmittel für einzelne öffentliche Zwecke eingesetzt werden sollen, grenzt die Gewissensfreiheit im Einzelfall ein (vgl. BVerfG-Beschluß vom 26. Mai 1970, 1 BvR 83,244,345/69, BVerfGE 28,243; ebenso FG Hamburg, Urteil vom 19. Mai 1993 1 69/92, EFG 93, 766).

Würde man mit dem Grundrecht der Gewissensfreiheit das Recht verbinden, Steuern wegen ihrer Verwendung zu Verteidigungs- (oder anderen) Zwecken nicht zahlen zu müssen, bzw. mit der Zahlung eine gewissenskonforme Zweckbindung zulassen, so wäre damit die Funktionsfähigkeit der gesetzgebenden Körperschaften in Frage gestellt.

Der Senat verkennt mit dieser Entscheidung nicht die Ernsthaftigkeit des Anliegens des Klägers. In der mündlichen Verhandlung ist deutlich geworden, mit welchem Engagement sich der Kläger dafür einsetzt, militärische Auseinandersetzungen zu verhindern - vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Kriegssereignisse in Bosnien und dem Golfkrieg im Jahre 1991 nur allzu verständlich. Gleichwohl sieht sich der Senat durch die Rechtslage gehindert, dem Antrag des Klägers zu entsprechen und verweist ihn auf den Weg, über die Gesetzgebung an das erstrebte Ziel zu gelangen.

Die Zulassung der Revision war nicht geboten, da die Rechtssache nach der Entscheidung des Bundesfinanzhofs vom 6.12.1991 (111 R 81/89, BStBl II 1992, 303) keine grundsätzliche Bedeutung (mehr) hat.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 135 Abs. 1 FGO.

gez. Mock

gez. Rücker

gez. Utermöhlen



**Ausgefertigt:**  
**Hannover, 13. Mai 1994**  
**Niedersächsisches Finanzgericht**  
**Geschäftsstelle**

Angestellte  
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

Mit Postzustellungsurkunde  
Herrn  
Dedo Schwerin von Krosigk  
Querstr. 9

30519 Hannover

Gegen Empfangsbekanntnis  
Finanzamt Hannover-Süd  
Rechtsbehelfsstelle  
Postfach 91 03 80

30423 Hannover

St.-Nr.: [REDACTED]